

RRRedaktions Vortrag für die Stuttgart Demo am 27.4.2013

Sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank an die Bürgerinitiative Prozessbeobachter für diese Einladung. Ich bin gerne bereit einige Worte aus der Sicht der RRRedaktion an sie zu richten. Mein Name ist Roland Regolien, ich bin ein freier, unabhängiger und international tätiger Journalist aus Ravensburg mit einer eigenen Onlineredaktion, [www. RRRedaktion.eu](http://www.RRRedaktion.eu)

Ich bin auch Mitglied bei den Reportern Ohne Grenzen. Ich schreibe und veröffentliche Artikel und behandle Themen über welche die meisten Medienvertreter nicht, ungerne und wenn, nur kurz berichten. Ich nehme mich bestimmter Themen an, die auch ein Recht haben gehört und veröffentlicht zu werden.

Unrecht muss sichtbar gemacht werden, ich recherchiere derzeit in einigen brisanten Fällen, bei Justiz, bei Banken, in Psychiatrien, Korruption, Vetternwirtschaft, Subventionskandale.

Ich recherchiere schwere Grund- und Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen das Völkerrecht. Foltermethoden und Plünderungen durch Behörden sind in Deutschland an der Tagesordnung. Habgier und Größenwahn frisst Hirn das kann man jeden Tag in ganz Deutschland beobachten.

Die 60 jährige CDU und FDP Herrschaft in Baden-Württemberg haben Ihre Spuren hinterlassen. Man spürt die politischen Netzwerke die in allen Ämtern gesponnen werden und die Seilschaften, die von der CDU flächendeckend etabliert wurden. Familienmitglieder werden nicht nur in Bayern, sondern auch in Baden-Württemberg überall untergebracht. Ravensburg und Weingarten sind in allem ein besonders schlechtes Beispiel, dort klüngeln bereits die Grünen mit der CDU. In Ravensburg und Weingarten fehlt es an der Herzensbildung!

Die Presse- und die Meinungsfreiheit verschlechtert sich auch in Deutschland, in Bayern würde man sie am liebsten sofort abschaffen. Dabei sind viele meiner Kollegen und Kolleginnen zu bedauern, denn die meisten wollen berichten, strampeln sich für einen guten Journalismus ab, wollen für mehr Transparenz sorgen, aber sie dürfen nicht. Dabei werden sie auch noch schlecht bezahlt. Journalisten, die Medien, werden von der Politik, Wirtschaft und von ihren Chefredaktionen immer wieder zurückgepiffen.

Deutschland steht zurzeit auf Platz 17 der Pressefreiheit mit steigender Tendenz! Innerhalb Europas nimmt DEUTSCHLAND weiter eine mittlere Position ein, 2012 war es noch Platz 16. Problematisch ist hier vor allem die abnehmende Vielfalt der Presse: Aus Geldmangel arbeiten immer weniger Zeitungen mit eigener Vollredaktion, mehrere Redaktionen wurden 2012 komplett geschlossen. Gleichzeitig investieren Unternehmen und PR-Agenturen steigende Summen, um ihre Inhalte in den Medien unterzubringen. Zudem gelangen Journalisten oft nur schwer an Informationen von Behörden.

Mit Sorge beobachteten Reporter Ohne Grenzen die Diskussionen um ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung und Drohungen radikaler Gruppen gegen kritische Berichtersteller. Positiv hervorzuheben ist ein neues Bundesgesetz vom August 2012, das Journalisten stärker vor Durchsuchungen schützt. Leider halten sich immer mehr Behörden nicht an diese Gesetze, auch das Grundgesetz und höchst richterliche Urteile des

Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesgerichtshofes werden immer mehr von den unteren Instanzen missachtet.

Wenn Richter gerne Politik machen möchte, sollen sie ihr Amt niederlegen und sie mögen bitte für den Deutschen Bundestag kandidieren. Sie dürfen ihr Richteramt nicht von den Justizminister/innen politisieren lassen. So wie in Baden-Württemberg der frühere FDP Minister Goll es machte und der derzeitige SPD Minister Sticklberger wieder so macht. Einige Deutsche Juristen und Richter denken, sie bilden sich einen eigenen Staat im Staat nach dem Prinzip der Kirche! So spürt man es bereits in Bayern, Sachsen und in Baden-Württemberg.

Mit Sorge ist zu beobachten das in der gesamten EU eine Verschlechterung der Pressefreiheit stattfindet. Verschlechtert hat sich die Situation in UNGARN (Platz 56), wo seit den umstrittenen Mediengesetzen Selbstzensur in den Redaktionen weit verbreitet ist. In ITALIEN (Platz 57) lehnte das Parlament Ende November 2012 erst in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf ab, der für Journalisten – anders als für sonstige Personen – Haftstrafen wegen Verleumdung vorsah. In GRIECHENLAND (Platz 84) werden Journalisten immer häufiger von extremistischen Gruppen oder der Polizei angegriffen.

In der TÜRKEI (Platz 154) saßen seit dem Ende des Militärregimes 1983 nie so viele Journalisten im Gefängnis wie heute. Vielen werden Straftaten nach dem umstrittenen Antiterrorgesetz zur Last gelegt. Oft erhalten weder Angehörige noch Anwälte Informationen über die Anklage und Zugang zu den Akten. Weil sie Gefangene übermäßig lange in Untersuchungshaft hält, wurde die Türkei wiederholt international kritisiert. Eine Reform des Antiterrorgesetzes im Juli 2012 brachte jedoch nur geringfügige Verbesserungen.

Wenn wir jetzt nicht alle höllisch aufpassen landen wir schneller wieder in der Diktatur als uns lieb sein wird. Deshalb fordere ich für die schreibende Zunft mehr Interesse, mehr Offenheit, mehr Transparenz und die Pressefreiheit zu verteidigen, vielen Dank.